



Aktenzeichen: 32/BS

Datum: 22.06.2017

Hinweis:

Beratungsfolge: Stadtrat

Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe beim Projekt 1083 - Erneuerung der Leitstellentechnik der Feuerwache Frankenthal (Pfalz)

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

1. Bei Produkt 1261 (Brandschutz) - Projekt 1083 (Erneuerung der Leitstellentechnik der Feuerwehr Frankenthal) wird der Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von

270.000 €

zugestimmt.

2. Die überplanmäßige Ausgabe ist durch die Nichtinanspruchnahme von Auszahlungen im Jahr 2017 beim gleichen Produkt - Projekt 1054 (Errichtung einer integrierten Leitstelle Ludwigshafen-Anteil Frankenthal) zu decken.

Beratungsergebnis:

Gremium	Sitzung am	Top	Öffentlich:	☐	Einstimmig:	☐	Ja-Stimmen:	☐
			Nichtöffentlich:	☐	Mit	☐	Nein-Stimmen:	☐
					Stimmenmehrheit:	☐	Enthaltungen:	☐
Laut Beschlussvorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt:	Unterschrift:				
☐	☐ siehe Rückseite:	☐	☐	☐				

Begründung:

Die Stadt Frankenthal (Pfalz) betreibt in der Feuerwache, Nordring 3, eine Feuerwehrleitstelle. In der Feuerwehrleitstelle laufen mehrere Aufgaben- und Informationsstränge zusammen:

- sie dient zur Abfrage des Notrufs 112 für den Einzugsbereich der Stadt,
- es werden dort Hilfeersuchen erfasst und die daraus abgeleiteten Alarmierungsmaßnahmen durchgeführt,
- sie ist die Einsatzzentrale für alle Einsätze der Feuerwehr,
- sie wird außerdem als Informations- und Koordinationszentrale für die Stabsarbeit im Katastrophenfall genutzt.

Der Betrieb der Leitstelle erfolgt gemäß dem Landesgesetz über den Brandschutz, die allgemeine Hilfe und den Katastrophenschutz (Brand- und Katastrophenschutzgesetz - LBKG -) vom 02. November 1981.

Die technische Ausstattung der Leitstelle ist so auszulegen, dass die gesetzlichen Vorgaben erfüllt werden. Maßgeblicher Parameter ist hier u. a. die ständige Erreichbarkeit der Leitstelle oder die ständige umfassende Funktionsfähigkeit der Leitstelle.

Aus der Leitstelle heraus werden die Einsatzkräfte vor Ort mit Dienstleistungen und bei der Einsatzdokumentation unterstützt. Zu den Dienstleistungen zählen im Besonderen die Nachalarmierung weiterer Kräfte, die Anforderung und Disposition einsatzunterstützender Maßnahmen (z. B. Koordination mit anderen Leitstellen der Polizei und der Rettungsdienste, Einsatzverpflegung, Materialnachschub, Personalaustausch).

Mit dem derzeit vorhandenen Technikstand in der Leitstelle kann der gesetzliche Auftrag nicht mehr erfüllt werden.

Die Technik der Leitstelle stammt aus dem Jahr 2003. Somit hat auch das Einsatzbearbeitungssystem der Feuerwehrleitstelle Frankenthal dasselbe Alter. Die Technik ist insgesamt sehr reparaturanfällig. Ersatzteile sind nur schwer oder gar nicht mehr zu beschaffen.

Speziell die Notabfrage- und Vermittlungseinheit hat das Ende ihres Lebenszyklus deutlich überschritten. Ersatzteile sind nur noch aus Rückbauten anderer Bedarfsträger zu erwarten. Darüber hinaus erfüllt die Anlage die Anforderungen der aktuellen Notrufrichtlinie und auch des aktuellen Telekommunikationsgesetzes nicht und kann auch nicht nachgerüstet oder ertüchtigt werden.

Einige Technikeinheiten funktionieren zurzeit gar nicht mehr. So können Statusmeldungen der Einsatzkräfte derzeit nur manuell erfasst werden. Die so gewonnen Daten sind weder statistisch aussagekräftig noch können die Statuszeiten gerichtsverwertbar bereitgestellt werden.

Es ist somit nicht möglich, die Tätigkeiten der Leitstelle und deren Einsatzkräfte so zu dokumentieren, dass deren zweifelsfrei richtiges Handeln im Bedarfsfall auch nachgewiesen werden kann. Zur Vermeidung von negativen Rechtsfolgen aufgrund von Organisationsverschulden ist die technische Erneuerung der bestehenden Feuerwehroleitstelle dringend geboten.

Um einen groben Überblick der notwendigen Kosten zu bekommen, hat eine Fachfirma im Jahr 2013 die Technik der Leitstelle in Augenschein genommen.

Anfang 2014 wurde die Entscheidung getroffen, die Maßnahme intern durch die technischen Mitarbeiter des Bereiches Grundstücke und Gebäude zu planen und dann auch intern abzuwickeln.

Sehr bald stellte sich aber heraus, dass die verschiedenen Technikebenen der Leitstelle zu komplex und zu stark miteinander verwoben waren, um die Planung alleine mit internen technischen Kräften stemmen zu können. Außerdem waren die internen technischen Kräfte in der Flüchtlingsproblematik gebunden. Die Notwendigkeit der Beauftragung eines Fachplaners wurde deshalb vom Stadtvorstand beschlossen. Insgesamt wurde die Maßnahme innerhalb der Stadtverwaltung nun dem Aufgabengebiet Brandschutz zugewiesen.

Die grobe Kostenschätzung aus dem Jahr 2013 sollte als Grundlage zur externen Vergabe der Planungsleistungen dienen.

Bei Produkt Brandschutz, Projekt 1083, sind gemäß der groben Kostenschätzung bei Aufnahme dieses Projektes in die Finanzplanung 300.000 € Mittelbedarf angemeldet und bewilligt worden.

Eine Konkretisierung und Aktualisierung des Finanzbedarfs sollte nach entsprechendem Planungsfortschritt und Ermittlung des konkreten Mittelbedarfs erfolgen.

Schwierig war es, geeignete Ingenieurbüros zu finden, unter denen die Planung der Maßnahme ausgeschrieben werden konnte. Anfang 2016 erfolgte die Auftragsvergabe an das im Wettbewerb ausgewählte Fachplanungsbüro zur Durchführung der Planung und Abwicklung des Umbaus der Feuerwehroleitstelle.

Nach Durchführung umfangreicher Bestands- und Bedarfsermittlungen durch das beauftragte Planungsbüro sowie nach intensiver Vorplanung wurde im Dezember 2016 eine Kostenberechnung nach DIN 276 über 417.079,71 € (netto) bzw. 496.324,85 € (brutto) durch die Firma vorgelegt.

Da die Kostenberechnung mehrere optionale Positionen beinhaltet, musste mit der Feuerwehr und der Firma die technische bzw. gesetzliche Notwendigkeit der einzelnen Positionen bewertet werden.

Nach interner Entscheidung erfolgte eine Überarbeitung der Planungen, Neuberechnung und Minderung der Kostenschätzung auf 386.989,71 € (netto) bzw. 460.517,75 € (brutto).

Planungs- und Abwicklungskosten fallen gemäß den Vorgaben in den Werkverträgen und den zugrunde gelegten ermittelten Gesamtkosten in Höhe von insgesamt voraussichtlich 109.430,22 € an. Hiervon wurden bereits 24.348,22 € für die bisher durchgeführten Planungen abgerechnet.

Die Gesamtkosten der Maßnahme summieren sich somit nach derzeitigem Planungsstand voraussichtlich auf insgesamt 569.947,97 € (brutto).

Die Abweichungen der detaillierten Kostenberechnung von der groben Kostenschätzung beruht u. a. auf zusätzliche Einzelmaßnahmen, deren Notwendigkeit sich im Rahmen der Bedarfsermittlung und Vorplanung durch das Planungsbüro ergeben haben, und durch eine signifikante Kostenerhöhung von bereits bestehenden Auftragsbestandteilen bzw. Positionen:

1. Erneuerung der ELA-Anlage (interne Hausalarmierung, Notrufdurchsagen usw.)
⇒ zusätzliche Kosten: ca. 22.000 € netto,
2. Erneuerung der Türsprechtechnik
⇒ zusätzliche Kosten: ca. 8.400 € netto,
3. Fehlerstromüberwachung der gesamten neuen Leitstellentechnik
⇒ zusätzliche Kosten: ca. 8.500 € netto,
4. Statusvisualisierung im Tetra-Funknetz
⇒ zusätzliche Kosten: ca. 10.000 € netto,
5. Anpassung der Hard- und Software an die Leitstellentechnik der Integrierten Leitstelle Ludwigshafen
⇒ zusätzliche Kosten: ca. 35.000 € netto,
6. Gewährleistung der Ausfallsicherheit durch redundante Systeme gemäß dem derzeitigen Stand der Technik
⇒ zusätzliche Kosten: ca. 35.000 € netto,
7. Auslagerung der Servertechnik aus dem Leitstellenraum
⇒ zusätzliche Kosten: ca. 10.000 € netto,
8. Kostensteigerungen von mehreren Positionen
⇒ zusätzliche Kosten: ca. 5.000 € netto.

Im Rahmen der Gesamtbetrachtung wurde mit dem beauftragten Ingenieurbüro auch geprüft, ob ein Aufsplitten der Gesamtmaßnahme in mehrere Abschnitte und somit eine Verteilung auf mehrere Haushaltsjahre möglich ist.

Dies wurde durch die Firma negativ bewertet. Nach Aussage der Fachfirma bestehen zwischen den einzelnen Gewerken unzählige Abhängigkeiten und Schnittstellen. Würden nur einzelne Teile erneuert, müssten diese aufwendig an den verbliebenen und veralteten Technikstand angepasst und später wieder an den neuen Technikstand angepasst werden.

Darüber hinaus ist es aufgrund des Technologiewechsels von klassischer Telefonie und analoger Funkkommunikation hin zu IP-basierter Kommunikation für Telefon, Funk und Alarmierung erforderlich, die neuen Systemplattformen komplett zu integrieren. Der Technologiewechsel führt nämlich unter anderem dazu, dass kein Tausch System 1 gegen System 1 und System 2 gegen System 2 stattfinden kann, sondern die Aufgaben künftig anders auf verschiedene Systemebenen verteilt werden.

In allen Fällen der getrennten Realisierung würde laut Aussage der Firma die Betriebs- und Funktionssicherheit in Mitleidenschaft gezogen, was bei einer Feuerwehroleitstelle als kritischer Infrastruktur immer ein beträchtliches Risiko mit sich bringt.

Die Planungen sind jetzt soweit fortgeschritten, dass mit der Realisierung - insbesondere Beginn der Ausschreibungen – in der zweiten Jahreshälfte begonnen werden kann. Nachdem die Gesamtmaßnahme, wie bereits dargelegt in einem Guss abgewickelt werden muss, besteht auch die Notwendigkeit, die erforderlichen Aufträge nach Fortschritt der Maßnahme voraussichtlich komplett noch in diesem Jahr zu erteilen.

Dazu bedarf es einer Ermächtigung. Es stehen bisher Mittel im Haushalt in Höhe von 300.000 € einschl. konsumtiver Anteile zur Verfügung. Aufgrund der Ausführungen besteht ein zusätzlicher Bedarf in Höhe von 270.000€.

Zur Deckung stehen Mittel bei dem gleichen Produkt – Projekt 1054 (Errichtung Integrierte Leitstelle Ludwigshafen–Anteil Frankenthal) in gleicher Höhe zur Verfügung, da zum jetzigen Zeitpunkt davon ausgegangen wird, dass keine weiteren Mittel mehr in 2017 abgerufen werden. Mit der Inbetriebnahme der neu zu errichtenden Leitstelle ist frühestens zum Mai 2018 zu rechnen. Eine Berücksichtigung des neuen Zahlungsflusses erfolgt entsprechend im Haushaltsaufstellungsverfahren 2018.

Das Sachgebiet Brandschutz ist sich mit der Firma einig, im Rahmen der Angebots-einholung und innerhalb bestehender Rahmenverträge bestmögliche Preise zu erzielen.

Da die Ermittlung der endgültigen Höhe der überplanmäßigen Ausgabe sehr viel Zeit in Anspruch genommen hat, war es nicht möglich eine Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss zu realisieren.

STADTVERWALTUNG FRANKENTHAL (PFALZ)

Hebich
Oberbürgermeister